

## ***Die Atomkriegsuhr ist vorgerückt auf zweieinhalb Minuten vor zwölf***

Als Titel habe ich eine Metapher gewählt, die Atomkriegsuhr oder auch Weltuntergangsuhr genannt. Englisch im Original heißt sie doomsday clock, also Uhr des jüngsten Gerichts.

Der Uhrzeiger gibt an, wie nahe wir dem atomaren Weltuntergang sind. Seit 1947 wird die Uhr einmal im Jahr gestellt, und zwar vom Aufsichtsrat der Zeitschrift „Berichtsblatt der Atomwissenschaftler“. An der Beurteilung der Gefahrenlage beteiligen sich 17 Nobelpreisträger.

Im Januar dieses Jahres haben sie die Uhr auf *zwei Minuten vor zwölf* gestellt. Natürlich hat das nur eine symbolische Bedeutung. Kein Wissenschaftler kann wirklich wissen, wann die Uhr zwölf schlägt.

Aber die symbolische Weltuntergangsuhr soll uns aus dem Schlaf der Vernunft wecken. Denn der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer, wie Goya es in einem Gemälde dargestellt hat. Doch die meiste Zeit über schläft die Vernunft, und zwar bei den Herrschenden wie bei den Beherrschten.

Nachdem die Blockkonfrontation glimpflich ausgegangen war, hat sich an der Wahrnehmung der Kriegsgefahr etwas Wesentliches verändert.

Zuvor, im Ost-West-Konflikt war die Politik und war die Verteidigung ausgerichtet auf einen *möglichen* Krieg. Das war der Raketen-Kernwaffen-Krieg zwischen den beiden Militärblöcken. Für uns an der Berührungslinie der beiden Militärkoalitionen war ein anderer Krieg gar nicht denkbar. Und der Antikriegskampf richtete sich gegen diesen möglichen Krieg.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation geriet die atomare Bedrohung aus dem Blickfeld. In den Blick traten stattdessen die *wirklichen* Kriege, wie sie sich vor unseren Augen abspielten. Jahrzehntlang war die Angst vor einem Atomkrieg fast vergessen.

Jetzt ist plötzlich die Angst vor einem Atomkrieg wieder da. Nordkoreas Atomwaffen- und Raketentests haben sie zurückgebracht. Und die gegenseitigen Vernichtungsdrohungen von Präsident Trump und Kim Jong Un haben die Angst noch verstärkt.

Das zeigt eine Umfrage im Februar. Gefragt, welche Länder den Weltfrieden gefährden, geben 73 Prozent der Befragten Nordkorea an. Ich halte das für eine falsche Wahrnehmung. Hier wird die eigentliche Gefahr von der spektakulären Erscheinungsweise einer geringeren verdeckt. Ich denke, die Bedrohung der Welt geht nicht von Kims gezielten Provokationen aus. Wovon sie vor allem

ausgeht, das ist die Konfrontationspolitik der atomaren Supermacht USA gegen die atomare Supermacht Russland.

Insofern ist sind jene 40 Prozent der Befragten näher an der Wahrheit, die den Weltfrieden durch die USA gefährdet sehen. 30 Prozent der Befragten sehen den Weltfrieden von Russland gefährdet und 15 Prozent von China. (Allensbach, in Die Welt vom 12.02.18)

Dass die Gefahr aus dem Konflikt zwischen den USA und Russland erwächst, sieht offenbar auch UN-Generalsekretär Guterres so. Denn er hat dazu aufgefordert, wieder ein rotes Telefon zwischen den beiden atomaren Supermächten einzurichten.

Auch in Deutschland sind warnende Stimmen von einflussreichen Persönlichkeiten zu vernehmen, darunter Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz.

Und einer, der es wissen muss, denn er war Vorsitzender des Militärausschusses der NATO und Generalinspekteur der Bundeswehr, Viersternegeneral a. D. Harald Kujat erklärte kürzlich: „Ich sehe große Risiken durch Cyber, Hacking, technisches Versagen und Missverständnisse. Beide Seiten müssen (...) über militärische vertrauensbildende Maßnahmen im Gespräch bleiben. Sonst gerät die Welt irgendwann in einen Atomkrieg, ohne es gewollt zu haben.“ (Interviewe, Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 20.02.18)

Aktuell steigt, für jeden sichtbar, die Gefahr an, weil die beiden atomaren Supermächte – sie verfügen bekanntlich über mehr als 90 Prozent einsatzfähiger Atomwaffen – sich im Syrienkrieg beängstigend nahe kommen. Ein militärischer Zwischenfall könnte so ungewollt zum Konflikt mit unabsehbaren Folgen werden.

Unabsichtlich in einen Atomkrieg zu geraten, ist aber nicht die einzige und nicht die größte Gefahr. Das sind vielmehr die erneuten Versuche, Atomwaffen im Krieg wieder verwendbar zu machen.

Dass der Atomkrieg nicht führbar ist, diese Einsicht lag schon dem ABM-Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion zugrunde. Der Vertrag, 1972 geschlossen, begrenzte die Raketenabwehrsysteme beider Seiten in der Weise, dass jeder der beiden Gegner einem alles vernichtenden Antwortschlag des Angreifers schutzlos ausgesetzt blieb.

Wenn also die Gegner einen alles vernichtenden Antwortschlag nicht abwehren können, so die Idee, dann hält sie das Eigeninteresse am Überleben vom Entschluss zum Atomwaffenangriff ab. Die Logik des ABM-Vertrags war also das Gleichgewicht des Schreckens.

Man erinnere sich: Bei seinem Amtsantritt fragte Präsident Trump in seiner Unbedarftheit: Wozu haben wir Atomwaffen, wenn wir sie nicht einsetzen? Er plauderte damit nur aus, dass die USA sich mit der Untauglichkeit der Atomwaffen zur Kriegführung nicht abfinden wollen. Und das schon seit Langem.

Was dabei vor allem stört, ist das Gleichgewicht des Schreckens. Es beseht ja noch immer zwischen den beiden atomaren Supermächten USA und Russland. Deshalb versuchen die USA, es auszuhebeln, indem sie ihrem Gegner die Fähigkeit zum Antwortschlag nehmen.

Aus diesem Grund haben die USA im Jahr 2002 den ABM-Vertrag gekündigt. Seitdem bauen sie in Europa unter durchsichtigen Vorwänden ein Raketenabwehrsystem auf. Russland antwortet darauf asymmetrisch mit der Entwicklung von Waffen, die das Abwehrsystem überwinden können und so die Zweitschlagfähigkeit aufrechterhalten sollen.

Das ist die Situation im Verhältnis der beiden größten Atommächte. Sie befinden sich im atomaren Wettrüsten, aber die Ziele ihres atomaren Wettrüstens unterscheiden sich.

Die eine Seite zielt darauf, die garantierte gegenseitige Vernichtung aufrechtzuerhalten, um sicher zu bleiben vor einem Atomangriff. Die andere Seite strebt danach, das atomare Patt aufzuheben, um die atomare Angriffsfähigkeit ohne eignes Vernichtungsrisiko zu erlangen.

Das bedeutet nicht, dass die USA darauf aus sind, einen Atomkrieg gegen Russland zu führen. Vielmehr bedeutet das, dass Russland verwundbar und atomar erpressbar gemacht und geostrategisch deklassiert werden soll.

In diese Strategie passt nun genau die Nukleardoktrin, die der Präsident der USA in seinem Bericht an den Kongress kürzlich vorgestellt hat. Er nennt sie die „maßgeschneiderte Abschreckung“. Dafür will er in den nächsten fünf Jahren 108 Milliarden Dollar aufwenden.

Wie muss man sich das Wesen dieser „maßgeschneiderten Abschreckung“ klarmachen? Sie geht davon aus, dass die Nuklearmacht der USA global vor sehr verschiedenen Herausforderungen und Szenarien steht.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, so die Grundidee, brauchten die USA ein flexibles Atomwaffenpotenzial mit ganz unterschiedlichen Waffentypen.

Zielgenauere Atomwaffen kleinerer Sprengkraft könnten potenzielle Gegner glaubwürdiger abschrecken als solche mit großer Sprengkraft, weil vor deren Einsatz der Präsident wegen der verheerenden Folgen zurückschrecken könnte.

Macht man sich die Logik dieser Doktrin klar, dann bedeutet sie: Man braucht kleinere, zielgenauere Atomwaffen, vor deren Einsatz der Präsident nicht zurückschreckt.

Gefechtsköpfe mit niedriger Sprengkraft von 0,3 bis zu mehreren KT sollen dazu dienen, variable Atomschläge führen zu können. Es sollen damit, so heißt es, die konventionellen Fähigkeiten mit atomaren Fähigkeiten kombiniert werden.

Diese flexibel dosierten Gefechtsköpfe sollen dann natürlich auch mit diversifizierten Trägermitteln ins Ziel gebracht werden. Unter anderem sollen dafür weitreichende see- oder luftgestützte Marschflugkörper dienen. Sie wären einsetzbar in dem Bereich von 500 bis 5500 km, für den der INF-Vertrag landgestützte Kurz- und Mittelstreckeflugkörper verbietet.

Dies alles betrachte ich als Symptome dafür, dass wir in ein *neues Nuklearzeitalter* eingetreten sind. Davor haben schon vor nunmehr elf Jahren vormals führende Politiker der Vereinigten Staaten eindringlich gewarnt. Sie traten im Wall Street Journal am 4. Januar 2007 mit dem Appell an die Öffentlichkeit: ***Am Abgrund einer neuen nuklearen Bedrohung.***

Darin heißt es: „Wenn nicht schnellstmöglich gehandelt wird, werden sich die USA (...) gezwungen sehen, in ein neues Nuklearzeitalter einzutreten, das riskanter, psychisch belastender und noch kostspieliger wird als die Abschreckung während des Kalten Krieges.“

Davor warnten interessanterweise ausgerechnet ehemals hochrangige Politiker, die in ihrer Amtszeit selbst die Verantwortung getragen hatten für die Politik der atomaren Abschreckung, nämlich die früheren Außenminister Kissinger und Shultz, der ehemalige Verteidigungsminister Perry und der ehemalige Vorsitzender des Streitkräfteausschusses Sam Nunn.

Ihr Appell war getrieben von der Befürchtung, ob bei immer mehr atomar bewaffneten Feinden die bisherige Doktrin der „gesicherten gegenseitigen Zerstörung“ die Welt vor einem Atomkrieg bewahrt werden kann.

Und diese Befürchtung begründeten sie so: „Die neuen Atomwaffenmächte verfügen nicht wie wir über ein während des Kalten Krieges über Jahre gewachsenes, abgestuftes Sicherheitssystem zur Verhinderung von Unfällen, Fehleinschätzungen und unautorisierten Raketenabschüssen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben sorgfältig darauf geachtet, dass während des Kalten Krieges weder absichtlich noch versehendlich Atomwaffen eingesetzt wurden.“

Eben diese Sicherheit gibt es in dem neuen Nuklearzeitalter nicht mehr. Weil das neue Nuklearzeitalter, wie sie richtig erkennen, noch riskanter, psychisch belastender und noch kostspieliger wird als die Abschreckung während des Kalten Krieges, offerierten sie eine rettende Alternative.

Sie erinnern sie daran, dass in Reykjavik Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow ein viel höheres Ziel gesetzt hatten als die Sicherung vor unabsichtlichen Kernwaffeneinsätzen. Sie wollten mehr, nämlich die vollständige Abrüstung aller Atomwaffen. Das aber habe die Experten für nukleare Abschreckung geschockt, und eine Einigung darüber sei nicht erreicht worden.

Angesichts des neuen Nuklearzeitalters riefen die vier ehemaligen Protagonisten von Atomwaffen zu einer mutigen Initiative auf, damit die Vision einer atomwaffenfreien Welt in die Tat umgesetzt werden kann.

Das Wichtigste dafür sei, dass die Regierungschefs der Atomwaffenstaaten zusammenarbeiten, „um das Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu einem gemeinsamen Unterfangen zu machen.“ Dem kann man nur zustimmen.

Und es zeigt, dass auch in den herrschenden Eliten neue Einsichten wachsen können. Doch der Appell von 2007 ist ebenso verhallt wie die vielfältigen Aufrufe aus der Friedensbewegung.

Die Regierungschefs der Atomwaffenstaaten arbeiten nicht zusammen, um die Welt von Atomwaffen zu befreien. Sie arbeiten gegeneinander, und zwar in der alten Teilung der Welt: der Westen gegen den Osten.

Dabei sind die offiziellen Atomwaffenmächte, die ja zugleich die privilegierten ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates sind, vertragsrechtlich verpflichtet, atomar abzurüsten.

Das schreibt der Atomwaffensperrvertrag vor, der seit 1970 in Kraft ist. Dem Vertrag sind 191 Staaten beigetreten. Nicht beigetreten sind Indien, Israel, Pakistan und Südsudan. Nordkorea ist 2003 wieder ausgetreten.

In diesem Vertrag verpflichten sich die Atomwaffenmächte, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen (...) über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung“ der Atomwaffen. Und im Gegenzug verzichten die übrigen Staaten auf Atomwaffen.

Der Vertrag wird *Atomwaffensperrvertrag* oder *Nichtweiterverbreitungsvertrag* genannt. Da kann ich nur sagen: Der läuft unter falschem Namen. Denn seinem wesentlichen Inhalt nach müsste er *Atomwaffenabrüstungsvertrag* heißen. Das er nicht so heißt, liegt ganz offensichtlich im Interesse der Atommächte.

Die fünf Atomwaffenmächte China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA sind also vertragsbrüchig. Bald wird der Vertrag 50 Jahre alt, im März 2020. Bislang haben die fünf Atomwaffenstaaten noch keine Verhandlungen über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung der Atomwaffen aufgenommen, schon gar nicht welche in redlicher Absicht.

Im Gegenteil, sie lehnten die Aufnahme solcher Verhandlungen strikt ab, als sie von einer dazu bestimmten Arbeitsgruppe der UN-Vollversammlung aufgefordert worden sind. Hieran scheiterte 2015 die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages.

Daraufhin geschah etwas bisher nicht dagewesenes. Die UN-Vollversammlung fasste im Dezember 2016 mit großer Mehrheit eine Resolution, eine Staatenkonferenz einzuberufen, um einen Vertrag zum Verbot der Atomwaffen auszuhandeln. Initiatoren und Vorreiter sind Österreich, Brasilien, Malaysia, Mexiko und Südafrika.

Die Konferenz fand im März und dann nochmal Juni/Juli 2017 statt und legte den fertigen Vertragstext vor. An den Verhandlungen nahmen bis zum Abschluss 124 Staaten teil. 122 von ihnen stimmten für den Vertrag, nur die Niederlande stimmten dagegen.

In der UN-Generalversammlung im September 2017 unterzeichneten bereits 53 Staaten den Vertrag, darunter Österreich. Inzwischen gibt es fast 60 Unterzeichnerstaaten.

Der Vertrag verbietet Herstellung, Erprobung, Besitz, Einsatz und Einsatzdrohung, Transfer und Stationierung von Atomwaffen sowie Beihilfe zu den verbotenen Handlungen.

Wenn der 50. Staat den Vertrag ratifiziert hat, tritt er nach 90 Tagen in Kraft. Mächtigen Gegnern des Vertrages bleibt noch Zeit, Druck auszuüben, um sein Inkrafttreten zu verzögern oder gar zu verhindern.

Ich halte das Ingangsetzen des Atomwaffenverbots für ein bedeutendes Ereignis. Zum ersten Mal beweist sich in den Vereinten Nationen die Kraft der Schwachen. Das ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

Endlich ist damit die Antiatomkriegsbewegung auf der staatlichen Ebene angekommen. Und nur auf der staatlichen Ebene kann die Abschaffung der Atomwaffen verwirklicht werden.

Die zivilgesellschaftliche Antiatomkriegsbewegung hat einen großen Anteil daran, dass sich nun auch Staaten für die Abschaffung der Atomwaffen stark machen. Und sie muss nun erst recht weiter kämpfen, damit in den Staaten eine Mehrheit der Gesellschaft sich aktiv für den Beitritt zum Verbotsvertrag einsetzt.

Eine Ermutigung dafür ist es, dass der Friedensnobelpreis an die **Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN)** verliehen worden ist. Da hat das Nobelpreiskomitee ausnahmsweise einmal eine gute Entscheidung getroffen.

ICAN ist ein globales Bündnis von mehr als 450 zivilgesellschaftlichen Organisationen in über 100 Ländern. Diesem Netzwerk gehört auch der Trägerkreis *Atomwaffen abschaffen. Bei uns anfangen* in Deutschland an. Zu diesem Trägerkreis gehört die deutsche Sektion von *IPPNW, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung* und die deutsche Sektion von *IALANA, Internationale Vereinigung von Juristen gegen die Atomwaffen*. Auch der *Weltkirchenrat* hat sich ICAN angeschlossen.

Nun stellt sich natürlich die Frage, welche völkerrechtlichen und praktischen Wirkungen es haben wird, wenn der Atomwaffenverbotsvertrag wirklich in Kraft tritt.

Eines ist sicher: Damit wird neues Völkerrecht geschaffen. Es werden dann auch die Atomwaffen, die bisher als einzige Massenvernichtungswaffen völkerrechtlich nicht geächtet sind, ebenfalls geächtet sein.

Es wird aber nicht so wie bei den anderen Massenvernichtungswaffen sein. Die sind mit ihrem Verbot außer Dienst gestellt und vernichtet worden, weil die Staaten, die sie besaßen, Vertragspartner geworden sind. So bei den Chemiewaffen und den biologischen Waffen. Hier aber werden die Atomwaffenstaaten, solange sie dem Verbotsvertrag nicht beitreten, ihre Atomwaffen behalten.

Und es steht, nüchtern betrachtet, nicht zu erwarten, dass sie dem Vertrag beitreten. Im Unterschied zu den bereits verbotenen Massenvernichtungswaffen spielen die Atomwaffen in der Militärpolitik der Atomwaffenstaaten eine unvergleichlich größere, man kann sagen, eine konstitutive Rolle.

Das gilt für die Militärdoktrin, die baut auf der atomaren Abschreckung auf. Und die atomare Abschreckung ist im militärpolitischen Denken des Westens ebenso wie in dem Russlands eine heilige Kuh.

Würde die Doktrin der atomaren Abschreckung aufgeben, dann müssten die Atomwaffenstaaten ihre Streitkräfte in Struktur, Aufbau und Bewaffnung von Grund auf ändern.

Die NATO hat alle ihre Mitglieder gewarnt, an den Verhandlungen über einen Verbotsvertrag teilzunehmen. Ihnen wurde detailliert vor Augen geführt, welche negativen Auswirkungen das Verbot der Atomwaffen für ihre Verteidigungspolitik haben würde.

Das zeigt aber zugleich, dass der Verbotsvertrag nicht ohne Wirkung auf die Atomwaffenstaaten bleibt. Er setzt sie völkerrechtlich ins Unrecht, und damit delegitimiert er ihre Militärpolitik.

Bemerkenswert finde ich, wie die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages die Auswirkungen des Verbotsvertrages beurteilen. Sie schreiben:

„Politisch ist zu erwarten, dass sich Atomwaffenstaaten vom Atomwaffenverbotsvertrag (zunächst) fernhalten, wenn nicht gar ausdrücklich distanzieren werden (...).“ Und weiter: „Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich auf internationaler Ebene Gruppendynamiken entwickeln, in deren Folge Staaten das Eskalationspotenzial der nuklearen Abschreckung nach und nach anerkennen und künftig einem Beitritt zum Vertrag offen gegenüberstehen.“ (Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, Aktueller Begriff: Der neue Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen, Nr. 23/17) Das halte ich für eine kluge und vorausschauende Beurteilung.

Und für sehr bemerkenswert halte ich, was General a. D. Harald Kujat in dem schon eingangs zitierten Interview ausgesprochen hat. Er sagte: „Ich erwarte heute von der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel, dass sie Präsident Donald Trump auffordert, den Gesprächsfaden mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin über nukleare Abrüstung wieder aufzunehmen.“

Wir sehen also einen hochrangigen Militär, der in Diensten der Bundesrepublik und der NATO gestanden hat, heute auf der Seite der Antiatomkriegsbewegung. Ich verstehe auch das als ein hoffnungsvolles Zeichen.